

Thüringer Landesverwaltungsamt
 Referat 610
 Karl-Liebknecht-Str. 4
 98527 Suhl

Aktenzeichen / /

<p>Antrag</p> <p>auf Feststellung der Rechtsstaatswidrigkeit einer hoheitlichen Maßnahme in sonstigen Fällen - ohne Folgeleistungen - nach § 1 a Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) für Personen, die nach dem Tod eines von einer hoheitlichen Maßnahme unmittelbar Betroffenen ein berechtigtes Interesse an der Rehabilitierung des unmittelbar Betroffenen haben</p>	
<p>A</p> <p>Angaben zur Person des Antragstellers</p>	
Name, Vorname(n):	Geburtsdatum:
Geburtsname und evtl. weitere frühere Namen:	
Geburtsort, Kreis, Land:	
Jetziger Wohnort oder ständiger Aufenthalt: (Straße, Postleitzahl, Wohnort, Telefon privat und berufl.)	
Erläutern Sie Ihr berechtigtes Interesse an der Rehabilitierung des unmittelbar Betroffenen.	

B
Angaben zur Person des unmittelbar betroffenen Verstorbenen

Name, Vorname:

Geburtsdatum:

Geburtsname und evtl. weitere frühere Namen:

Geburtsort, Kreis, Land:

Der Betroffene ist verstorben am: _____ (Bitte Sterbeurkunde vorlegen)

Letzter Wohnort oder ständiger Aufenthalt (Straße, PLZ, Wohnort):

C
Angaben zur Sache

1. Worin bestand der staatliche Eingriff gegen den unmittelbar Betroffenen?

2. Wann und wo hat der Eingriff stattgefunden?

3. Wer hat die Maßnahme seinerzeit veranlasst/angeordnet?

deutsche behördliche Stelle zur Regelung eines Einzelfalls, nämlich _____

SED andere Partei, _____

gesellschaftliche Organisation, nämlich _____

4. In welcher Form erging die Maßnahme?

schriftlich mündlich

auf andere Weise, nämlich _____

(Bitte, soweit möglich, Bescheide, Schreiben etc. beifügen.)

5. Was war der Anlass für den Eingriff/die Maßnahme und aus welchen Gründen erfolgte der staatliche Eingriff/die Maßnahme?

6. Ist die oben geschilderte Maßnahme mit tragenden Grundsätzen eines Rechtsstaates (s. Merkblatt Pkt. 1, 3. Absatz) schlechthin unvereinbar?

Nein Ja, weil _____

6. Ist die oben geschilderte Maßnahme mit tragenden Grundsätzen eines Rechtsstaates (s. Merkblatt Pkt. 1, 3. Absatz) schlechthin unvereinbar?

Nein Ja, weil _____

8. Wenn Frage 6 und 7 mit „Ja“ beantwortet wurden, geben Sie bitte an, aus welchen Gründen Ihrer Ansicht nach die Maßnahme der politischen Verfolgung des unmittelbar Betroffenen diene.

Ich versichere nach bestem Wissen und Gewissen, dass meine Angaben richtig und vollständig sind.

Ich bin damit einverstanden, dass - unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen - alle zur Bearbeitung meines Antrages notwendigen Recherchen (z. B. beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, in Kreis- und Staatsarchiven) vom Thüringer Landesverwaltungsamt durchgeführt werden, Personalakten und sonstige für die Bearbeitung meines Antrages notwendigen Akten angefordert und von entscheidungserheblichen Schriftstücken Fotokopien gefertigt werden.

Ort

Datum

Unterschrift